

## DEUTSCHLAND

## Stoiber: Türkischen Film nicht im Kino zeigen

MÜNCHEN. Gegen den türkischen Action-Film „Tal der Wölfe“ regt sich Protest. „Ich fordere die Kinobetreiber in Deutschland auf, diesen rassistischen und antiwestlichen Hass-Film sofort abzusetzen“, sagte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU). In dem Streifen kämpft ein türkischer Geheimdienstheld im Irak gegen die US-Armee.

## Zu wenig Erntehelfer

NÜRNBERG. Die Bundesagentur für Arbeit hat nach einem Zeitungsbericht bislang nur ein Viertel der von ihr zugesagten 32 000 Erntehelfer aus dem Kreis der Arbeitslosen rekrutiert. Bislang hätten sich nur 8600 Erwerbslose für einen Job beim Spargelstechen oder in der Erdbeer- und Gurkenerte gemeldet.

## Merkel: Kombilohn 2007

BERLIN. Die große Koalition will nach Angaben von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an ihren Plänen zur Einführung eines Kombilohns für so genannte Billig-Jobs festhalten. Ein solcher staatlich bezuschusster Lohnsektor könne aber erst Anfang kommenden Jahres realisiert werden, weil es noch zahlreiche ungeklärte Fragen gebe.

## Weihnachtsgeld bleibt

BERLIN. Zivildienstleistende und Wehrpflichtige müssen nun doch nicht auf das volle Weihnachts- und Entlassungsgeld verzichten. „Bei den Zivis und Wehrdienstleistenden korrigieren wir unsere Pläne“, bestätigte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD). Dagegen bleibt es bei den vorgesehenen Einschnitten für Bundesbeamte. dpa

## EUROPA

## Spanien: Zehntausende fordern Selbstbestimmung

MADRID. Schwarzes Wochenende für die spanische Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero: Die baskische Untergrundorganisation Eta enttäuschte die Hoffnungen auf die Erklärung eines Gewaltverzichts. In Barcelona und Bilbao mobilisierten separatistische Gruppierungen Zehntausende von Demonstranten, die das Selbstbestimmungsrecht für Katalonien und das Baskenland forderten. dpa

## WELT

## Hamas will Ismail Hanija als Regierungschef



GAZA. Ismail Hanija ist von der radikal-islamischen Hamas-Bewegung offiziell zum Kandidaten für das Amt des palästinensischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Hamas wolle den Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas bei einem Treffen über die Ernennung Hanijas informieren.

Wegen der bevorstehenden Beteiligung der Hamas an der neuen Autonomieregierung beschloss Israel einen Stopp des Geldtransfers an die Palästinenser. Die Überweisung von Steuereinnahmen und Zollrückzahlungen in Höhe von monatlich etwa 40 Millionen Euro soll beendet werden. dpa

Redaktion: Ralf Blasig

## Thema des Tages Karikaturen-Streit

Im Streit um die Mohammed-Karikaturen sind am Wochenende Zehntausende von Muslimen auf die Straße gegangen.



Indonesische Muslime protestieren vor der US-Botschaft in Jakarta gegen die Mohammed-Karikaturen. Foto: dpa

## Weltweite Proteste – Dutzende Tote in Nigeria

Muslime greifen Christen an – Demonstrationen in Kassel und Duisburg

NAIROBI. Bei neuen gewaltsamen Protesten gegen die Mohammed-Karikaturen sind am Wochenende Dutzende von Menschen ums Leben gekommen.

In Nigeria schlugen am Samstag Demonstrationen in Gewaltakte gegen die christliche Minderheit in dem westafrikanischen Ölland um. Mehrere Dutzend Menschen wurden getötet. In Indien und Pakistan wurden Kopfgelder in Millionenhöhe für die Ermordung der dänischen Karikaturisten ausgesetzt.

Gewaltakte in Nigeria wurden gleich aus zwei Bundesstaaten im Norden des Landes gemeldet. Augenzeugen berichteten, mindestens 18 Kirchen seien zerstört und Geschäfte von Christen geplündert worden. Mindestens 140 Menschen wurden festgenommen. Das westafrikanische Land hat bisher

die meisten Todesopfer im Zusammenhang mit den Satirezeichnungen zu beklagen.

In Indonesien bewarfen 300 radikale Muslime bei Protesten die

„Der Streit um die Karikaturen darf nicht als Kampf der Kulturen gewertet werden“

Der saudische König Abdullah

US-Botschaft in Jakarta mit Steinen und Eiern und versuchten, das Gelände zu stürmen.

In Istanbul protestierten Zehntausende Anhänger einer islamischen Partei gegen die als beleidigend empfundenen Karikaturen des Propheten Mohammed. Die

von der außerparlamentarischen Saadet-Partei organisierte Kundgebung verlief laut Medienberichten äußerst diszipliniert.

Der saudische König Abdullah warnte davor, den Streit um die dänischen Mohammed-Karikaturen als Ausdruck eines „Kampfes der Kulturen“ zu werten. Bei einem Empfang in Riad appellierte der Monarch an die arabischen Denker, sich für eine Verbreitung der Idee eines friedlichen Miteinanders einzusetzen.

In Duisburg und Kassel demonstrierten am Samstag mehrere tausend Muslime friedlich gegen Mohammed-Karikaturen. In Duisburg kamen etwa 2 000 Muslime zusammen, in Kassel protestierten rund 1500 Menschen. Auf der Abschlusskundgebung in Duisburg forderten Redner, die Karikaturen zu verbieten. dpa

## Zwei Häftlinge in Hamburg nackt gefesselt

Justizbehörde weist Vorwürfe zurück: Fall ist eine absolute Ausnahme

HAMBURG. Berichte über Strafgefangene, die in einer Hamburger Haftanstalt nach Randalereien nackt auf Liegen gefesselt wurden, sind gestern teilweise von der Justizbehörde bestätigt worden.

Der „Spiegel“ hatte darüber berichtet. Ein Rechtsanwalt wirft der Behörde darin vor, eine Verfügung erlassen zu haben, nach der randalierende Häftlinge zwangsweise zu entkleiden seien. Der Sprecher der Justizbehörde wies den Vorwurf zu-

rück. Es habe aber zwei Zwangsentkleidungen mit Fesselung im Sommer 2005 gegeben. Die Möglichkeit dazu ergebe sich aus dem Strafvollzugsgesetz.

„Es gibt keine Anweisung der Justizbehörde, wonach Gefangene entkleidet zu fesseln sind. Dieser Vorwurf ist unhaltbar und falsch“, sagte der Sprecher. Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs könnten als letztes Mittel angewendet werden, wenn die Gefahr bestehe, dass der

Gefangene sich selbst oder Bedienstete gefährde. „Die Fesselung mit Entkleidung ist eine absolute Ausnahme.“

In besonderen Ausnahmefällen sei es geboten, die Gefangenen zu entkleiden, um festzustellen, ob sie gefährliche Gegenstände verstecken. In den beiden genannten Fällen ließen sich die Gefangenen anschließend nicht neu anziehen. Daher hätten die Beamten sie jeweils mit einer Decke zugedeckt. dpa

## „Saddam hatte geheime Pläne für Biowaffen“

US-Geheimdienste werten Tonbänder mit Gesprächen und Kabinettsitzungen des irakischen Ex-Diktators aus

BAGDAD. Er wollte an Massenvernichtungswaffen gelangen und sie vor Uno-Inspektoren verbergen. Auf jetzt veröffentlichten Tonbändern plauderte der frühere irakische Diktator Saddam Hussein über das irakische Waffenprogramm – und Terrorangriffe auf die USA. Das berichtet „Spiegel Online“.

Auf den Tonbändern, die einem Bericht des US-Fernsehsenders CNN zufolge gestern auf einem Geheimdienst-Treffen in den USA vorgestellt wurden, spricht Saddam unter anderem mit dem früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Tariq Aziz und seinem Schwiegersohn Hussein Kamel, den er später hinrichten ließ. Letzterer hatte in

unserem Interesse, nichts zu sagen. Wir wollen nicht, dass die Welt weiß, was wir besitzen.“

Das Aufnahmedatum des Dokumentes, das von Vertretern der US-

keine Massenvernichtungswaffen besitze. „Das ist die Wahrheit.“ Er bestätigte, dass er Geheimpläne vor Uno-Inspektoren zurückhalten sollte. „Es gab die Anweisung, viel zu verbergen, und wir haben viel verbergen“, sagte Kamel. Auf dem Tonband spricht Saddam auch mit Aziz. Dabei behauptet Saddam, dass er die USA vor dem Einmarsch des Irak in Kuwait im August 1990, der zum Irakkrieg führte, vor terroristischen Angriffen gewarnt habe. „Ich habe ihnen gesagt, dass es zu Terrorangriffen mit Massenvernichtungswaffen kommen wird“, sagte Saddam. red

Regierung als „authentisch“ eingestuft wird, ist nicht geklärt. Aber noch im September 1995 sagte Kamel gegenüber CNN, dass der Irak



„Es gab die Anweisung, viel zu verbergen, und wir haben viel verbergen“

Ex-Minister Hussein Kamel

## „Nicht mehr ausgeben als einnehmen“

Am Mittwoch legt das Kabinett den Haushaltsentwurf 2006 und den Plan zur Mehrwertsteuererhöhung vor. Mit dem CDU-Haushaltsexperten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, der erste Haushalt der Koalition sieht neue Schulden von 38 Milliarden Euro vor – die Euro-Stabilitätskriterien und Verfassungsvorgaben werden verfehlt. Gerät die Haushalts-Sanierung aus dem Blick?

Wir sind in einer Übergangsphase von dem, was wir vorgefunden haben, zu dem, was wir als Ziel erreichen wollen. Klar ist: Auf Dauer kann niemand mehr ausgeben, als er einnimmt. Dieser Grundsatz wird seit langem sträflich vernachlässigt. Das gefährdet die Investitionskraft der öffentlichen Haushalte, was auch die Wirtschaftsentwicklung belastet. Aber je mehr Transferleistungen man streicht, umso mehr schwächt man die Konsumkraft. Dazwischen gilt es einen Spagat zu machen. Natürlich hätten wir lieber eine niedrigere Neuverschuldung. Angesichts der Risiken schaffen wir das nicht.



Jochen-Konrad Fromme.

Wo sehen Sie Risiken?

Bei den Ausgaben für die Arbeitsmarktreform Hartz IV ist noch nicht klar, wo es wirklich endet. Deshalb wurden ja die Veränderungen bei Hartz IV vorgezogen. Auch bei der Familienpolitik werden die Ausgaben etwas mehr werden. Es wird also schon schwer, die Verschuldung von 38 Milliarden Euro einzuhalten.

Mit einer Debatte, auf die höhere Mehrwertsteuer doch noch zu verzichten, rechnen Sie also nicht?

Die Konjunkturlage hat sich nicht so entspannt, dass man auf die Erhöhung verzichten könnte, ohne das Konsolidierungsziel aufzugeben. Ich erwarte, dass es keine Debatten gibt.

Wann könnte der Bund ganz ohne Schulden auskommen?

Dass lässt sich nicht sagen. Das erste anzustrebende Ziel wäre, dass der Saldo von laufenden Ausgaben ohne Zinsen und laufenden Einnahmen nicht mehr negativ ist. Wenn wir am Ende der Wahlperiode in die Nähe des Ziels rücken, sind wir schon gut. Danach müssten auch die Zinszahlungen durch laufende Einnahmen gedeckt sein. Erst danach könnte man ganz auf Kredite verzichten.